

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Temp. Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Konstante: Edl. Künholz, Dresden.

Abonnement: einjährig 6,00 M., durch die Post halbjährlich 3,00 M., unter Risikoband für Deutschland monatlich 8,00 M., Ausland 10 M., Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung: Weitzingplatz 10. Tel. 25261. Druck: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weitzingplatz 10. Tel. 25261. Redaktionszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die vierpaltige Normalzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die halbpaltige Kleinzeile 0,50 M. Bei mehrmaliger Wochenausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpachtung zur Aufnahme an besonderen Tagen. Für Kleinanzeigen 40 Pf.

Nr. 161

Dresden, Mittwoch den 13. Juli 1921

32. Jahrg.

Schiffer gegen Briand

Eigene Traktatredaktion unter Berliner Schriftleitung
Berlin, 13. Juli. Reichsjustizminister Schiffer hatte Ermangelung der Zweckmäßigkeit des Reichstages die Schiffern der deutschen Botschaft, eine Anzahl ausländischer Journalisten und Parlamentarier zu einer Besprechung eingeladen, in der in einer formulierten Erklärung den Standpunkt der Reichsregierung gegenüber den Verhandlungen Briands über die Weizsäcker-Prozesse darlegte. Er führte aus:
Die Weizsäcker-Prozesse sind in ganz auffälliger Weise schärfste Vorfälle zwischen Deutschland und Frankreich geworden. Nachdem das Verbot nur unvollkommen, sondern in wesentlichen Teilen nicht erfüllt ist, ist es nicht möglich, das Land wiederherzustellen. Die Weizsäcker-Prozesse sind die deutsche Regierung nicht beizubehalten, als daß dadurch der Völkern und die Vorkämpfer der Weizsäcker-Prozesse auf neue Aufregung werden sollen, um eine Grundlage für die Fortsetzung einer Politik der Gewalt gegen Deutschland zu schaffen. Allen diesen Angriffen gegenüber hat sich die deutsche Regierung bisher die größte Reserve aufbewahrt, weil sie angesichts der gewaltigen realen Probleme, deren Lösung in Frage steht, es nicht für angemessen hielt, sich in eine unfruchtbar verwickelnde Streitigkeit einzulassen. Jetzt aber hat Herr Briand in seinen jüngsten Verhandlungen die Grenzen überschritten. Auf die Weizsäcker-Prozesse, die er der deutschen Reichsregierung angedeutet hat, kann ich als Chef der Reichsjustizverwaltung nicht schweigen.

er im einzelnen angibt, in welchen Punkten die getroffenen Entscheidungen irrig sein sollen. Aber denken, die sie erlassen haben, das obliche Streben nach Gerechtigkeit auszusprechen, dazu hat er kein Recht. Die Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und strenge Neutralität der deutschen Rechtsprechung, das Ergebnis einer jahrhundertelangen Rechtsentwicklung ist in der Welt anerkannt und ihr Ruf wird durch die von der Presse mitgeteilten Aussagen von französischen Ministern und französischen Staatspräsidenten nicht erschüttert werden.
Nur in einer Beziehung mag man die Weizsäcker-Prozesse als ein Theaterrückstück, freilich nicht für eine Komödie, sondern als ein Tragödie bezeichnen dürfen. Nämlich insofern, als Deutschland allein seine Kriegsverbrechen zur Verantwortung zieht und sich nicht einmal auf die in der Liste aufgeführten Verbrechen beschränkt, sondern, seinen Weizsäcker-Prozessen, jeden begründeten Verdacht von sich aus weislet. Dem kann unter Herr Briand abgeholfen werden, wenn er diejenigen seiner Landsleute unter Anklage stellt, die ihm als eines Kriegsverbrechens verdächtig bezeichnet werden. Tut er es nicht, so mag er wenigstens darauf verzichten, durch seine Verhandlungen den Völkern nach zu vermelden, der durch die prozedurale Ausübung einer französischen Justizvollziehung Vergangenheit abzuwischen sich auf neue erhebt.

Internationaler Frauenkongress

Wien, 12. Juli. In der heutigen Sitzung eröffnete Frau Dammann, München, den Bericht für Deutschland. Sie führte unter anderem aus, die junge Regierung Wiens sei durch den internationalen Frauenkongress außerordentlich und den Weizsäcker-Prozessen zu bekämpfen. Anders sei die Lage in den einzelnen Ländern, z. B. in Spanien, wo der Nationalkongress der Frauen und Propaganda- und Informationskongress einberufen ist. Die Kongresse werden von der Antifeministen, namentlich von der Sozialdemokratie, bekämpft. Der österreichische Frauenkongress ist für einen radikalen Vorkampf ein. Die Vertreterin Kowalewski, Frau Kowalewski, verteilte mit besonderer Begeisterung darauf, daß sich die schweizerische Studentenschaft dort für die Weizsäcker-Prozesse einsetze. Frau Kowalewski, Holländer, drückt die Hoffnung aus, daß es den belandischen Frauen gelingen werde, gegen eine gewisse Antifeministen gegenüber der Antifeministen anzukämpfen. — In der zweiten Überlegung des Frauenkongresses kam der Gedanke zum Ausdruck, daß die Weizsäcker-Prozesse der Frauen und Frauen Staaten zu einem allgemeinen Antifeministen führen müsse. Auch die Weizsäcker-Prozesse der Antifeministen, wie sie von den Antifeministen betreiben werden, konnte nicht zu dem gewünschten Ziele führen, denn die Antifeministen werden immer mehr werden. Der Gedanke des Antifeministen wurde als Ideal hingestellt. Antifeministen wurde darauf verwiesen, daß der Hauptgegner des Antifeministen, Gebden, diesen ganz bewusst als Mittel zur Sicherung des Friedens und des Antifeministen angesehen habe.

Edle Wünsche

Wenig abend sprachten sich in einer öffentlichen Versammlung der Reichsjustizminister Schiffer und Reichsjustizminister Schiffer. Er erklärte, das Kabinett Wiens werde in sich zusammenbrechen. Man werde dann auf der Verlegenheit zu Neuwahlen im Herbst hinstreben. Die Sozialdemokratie arbeite auf Neuwahlen hin mit der Partei. Gegen den Krieg. Sie hofft dabei auch wieder mit der Vereinigung der U. S. V. Der Reichsjustizminister Schiffer, dann zusammen mit einer Fraktion gegen die Sozialdemokratie, dann brauchen wir eine bürgerliche Regierung, welche sich so vornehmlich in Bayern bemühn hat.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Reaktionen auf einen Zusammenbruch des Kabinetts Wiens hinarbeiten. Gelegenheit zum Sturz der Regierung Wiens wird ihnen möglicherweise die Beratung der Steuerentwürfe geben. Sie werden dann versuchen, den Weg möglichst nur jeder Belastung zu schlagen und dabei vielleicht in weiten Maße die Unterstützung auch eines Teils der bürgerlichen Abgeordneten erhalten, die jetzt der Koalition angehören. Auf diese Weise könnte allerdings leicht das Kabinett Wiens zu Fall kommen. Ein Sturz des Kabinetts Wiens wäre zwar eine große Gefahr für das deutsche Volk, denn es ist kaum ein Kabinett denkbar, das im Hinblick das gleiche Maß von Vertrauen genießt, wie das gegenwärtige Kabinett Wiens. Was brauchen sich Männer vom Schicksal des Herrn v. Brauns um solche Dinge zu kümmern. Die Hauptsache ist ihnen, daß der Einfluss der verhassten Sozialdemokratie geschwächt wird. Der Sturz von Brauns würde daher Neuwahlen, bei denen alle bürgerlichen Parteien eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie bilden.

Auch uns könnte es schließlich recht sein, wenn die Einmündung einen vorzeitigen Verlauf nähme. Wie Herr v. Brauns das wünscht. Nichts wäre besser geeignet, das heute noch zerfallene Parlament wieder zusammenzuführen, als ein Wahlkampf, bei dem alle bürgerlichen Parteien den Kampf gegen den Sozialismus in den Vordergrund stellen. Wir hätten einen vorzeitigen Wahlkampf nicht zu fürchten, und das eine sozialistische Regierung, die etwa nach einem solchen Wahlkampf in Deutschland ans Ruder käme, sehr lange am Leben ließe, werden außer dem Edlen v. Brauns und seinen Parteifreunden nicht sehr viele Leute in Deutschland glauben. Herr v. Brauns bezieht sich darauf, daß sich die bürgerliche Regierung in Bayern sehr gut bewährt habe, aber das Reich ist glücklicherweise nicht Bayern und kann nicht nach dem Rezept der Rahr und Korforsen regiert werden.

Unter den heutigen Verhältnissen liegt es im Interesse des deutschen Volkes, daß die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt bleibt, und es ist selbstverständlich, daß wir, so lange eine bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung am Ruder ist, auf die Erfüllung vieler unserer Wünsche verzichten müssen. Aber bei einer Koalition müssen alle Parteien Suprematistische machen, nicht etwa die Sozialdemokratie. So, wie es sich z. B. der demokratische Abg. Kowalewski denkt, der im Berliner Tageblatt einen Angriff mit der Weizsäcker-Prozesse veröffentlicht hat, geht es nicht. Der Herr Kowalewski verlangt von der Sozialdemokratie das Hauptverbrechen, daß jetzt nicht sozialisiert werden darf. Er ist zwar so gültig, der Sozialdemokratie zu gestatten, daß sie die soziale Reformen ablehnt, so viel sie will. Aber praktisch bedeutet sich die Sozialdemokratie, Gemeinwirtschaft bringe heute Reibhölzer.

Die Behauptung, die Herr Kowalewski aufstellt, wird er kaum beweisen können. Nichts allerdings, daß heute viele Staats- und Gemeindebetriebe sozialisiert wurden, aber das liegt weit daran, daß diese Betriebe, wie z. B. die Eisenbahnen, während des Krieges vollständig unterverwaltet worden sind und sie vielfach aus volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Rücksichten die Preise für ihre Leistungen nicht in dem Maße erhöht haben, wie dies der Preisierung ihrer Leistungen entsprechen würde.

Ein Beweis dafür, daß alle sozialistischen Betriebe sozialisiert werden müssen, wird durch die schärfsten Ergebnisse anderer Staats- und Gemeindebetriebe nicht im geringsten erbracht. Bei aller Sozialisierung kommt es freilich sehr darauf an, wie sozialisiert wird. Auch heute haben durchaus nicht alle sozialistischen Betriebe soziale Ergebnisse. Die dem preussischen Staat gehörende Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft hat dem preussischen Staat eine unabhängige Erfindung gebracht. Die Albedy-Klein-Gesellschaft für unter Erfindung von so großer Bedeutung ist, und an der das deutsche Reich beteiligt ist, hat eine Erfindung von 50 Prozent verteilt. Die Ergebnisse dieses Betriebes brauchen doch nicht schlechter zu sein, wenn das deutsche Reich nicht nur einen Teil, sondern das ganze Aktienkapital im Berg hat.

In Wirklichkeit wehren sich Herr Kowalewski und seine Freunde gegen die Sozialisierung nicht, weil sie die Reibhölzer der sozialisierten Betriebe fürchten, sondern weil sie davon Angst haben, daß durch die Einführung der sozialisierten Betriebe das Gebiet beschränkt wird, auf dem der Profit freibewegende kapitalistische Unternehmer sich tummeln kann.

Die Sozialdemokratie wünscht natürlich, daß jede Sozialisierungsmaßnahme vorher gewissenhaft überlegt wird. Aber das von Herrn Kowalewski gewünschte Hauptverbrechen wird und kann es nicht werden, sonst würde sie sich leicht antworten. Am liebsten würde weiter nach den Kampf für die Sozialisierung des Reichsbergbau und anderer Wirtschaftszweige, bei denen die Reichsregierung für die Sozialisierung in besonderem Maße sprechen hat, mit aller Gewalt führen. Stellen sich die bürgerlichen Parteien, die bei Koalitionen ange-

Die Abrüstungskonferenz in Washington

London, 13. Juli. Der Beginn der Washingtoner Konferenz wird für den Herbst erwartet. Man nimmt an, daß außer Lord George und Lord Curzon auch der russische Minister Lord Peet, der amerikanische Admiral Beatty, der britische Admiral Sir Washington Evans und Feldmarschall Sir Owen Wilson an der Konferenz teilnehmen werden. Offiziell wird gemeldet, daß Japans Beteiligung an der Konferenz sehr wahrscheinlich sei.

Einem Telegramm aus Washington zufolge hat Japan die Einladung zur Konferenz angenommen. So heißt, daß Harding der Konferenz nicht persönlich teilnehmen könne, sondern sich durch Staatssekretär Hughes vertreten lassen werde. Der Bericht behauptet, daß auch Deutschland und Frankreich an der Konferenz eingeladen werden sollen.

Am 13. Juli. Das Kabinettsmitglied des Reiches hat seinen amerikanischen Gesandten mitgeteilt, daß die französische Regierung die Einladung zur Konferenz in Washington annimmt. Briand erklärte gestern in der Kammer über die Konferenz in der Abstraktion, Frankreich wird von der Einladung der Vereinigten Staaten dankbar Gebrauch machen, um seine Neigung zum Weltfrieden zu zeigen, die schwere Belastung, darunter die Völker leiden, zu beenden und Frankreich den dauernden Frieden zu schaffen.

Aus gut informierten Kreisen in Paris erfährt man, daß die Abrüstungskonferenz ein sehr bedeutendes Programm haben wird, damit alle Punkte weitläufig besprochen werden können. Wie verläuft, wird Präsident Harding die Eröffnungsrede halten. Er wird dann die Leitung der Verhandlungen, an denen er weiterhin nicht mehr persönlich teilnehmen wird, an Hughes überlassen, dem wahrscheinlich Obad aus Seite helfen wird. Die Mitglieder des amerikanischen Kongresses haben nahezu einstimmig ihre Zustimmung zu der Initiative des Präsidenten Harding ausgedrückt.

Der nahe Orient

London, 12. Juli. Die Presse betont die türkische Bedeutung von Harding's Einladung zu einer Konferenz zur Vermeidung der Abrüstungs- und politischen Fragen. Harding beabsichtigt eine allgemeine Aussprache unter den Ministern einschließlich Frankreichs über die Abrüstung als die Voraussetzung der darauf folgenden politischen Verhandlung über die Weizsäcker-Prozesse. Es liegen Anzeichen vor, daß Präsident Harding dem italienischen Kabinettsmitglied eine gewisse Unterstützung in dem letzten großen Frage, namentlich der des nahen Ostens, erwidern wird. Der Daily Telegraph glaubt sogar ein englisch-italienisches Einverständnis voraussetzen zu können, wobei Italien das Curzon-Programm annimmt.

Fortschritt der Reparationsverhandlungen

Paris, 12. Juli. Wie die Gazette des Débats meldet, seien die deutschen und die französischen Sachverständigen gestern nachmittags im Kabinettsrat des Reiches unter dem Vorsitz Paul Doumer zusammen. Guggenheimer betonte die Antwort der deutschen Regierung auf die französischen Vorwürfe betriebs der Reparationen zur Kenntnis, insbesondere betriebs der Reparationen, die auf die deutsche Schuld während einer gewissen Periode angesetzt werden sollen. Die Modalitäten der Ausführung des Programms werden im Laufe von weiteren Unterredungen zwischen den Sachverständigen beider Länder festgesetzt werden. Die Unterredungen über den Reparationsbericht, sagt zu einem günstigen Ergebnis gelangen zu sollen. Die Reparationen haben heute nachmittags (sonst nach Bechluss der Vollziehung begonnen. Dieser Kommissar waren die französischen Sachverständigen Doumer, Guggenheimer und Verril angeben, die auch schon an früheren Sitzungen teilgenommen haben. Die deutschen Vertreter brachten den Wunsch der Berliner Regierung zum Ausdruck, rasch zu einer Regelung der Frage der Reparationen in natura zu gelangen. Doumer erklärte, er teile diesen Standpunkt, die deutschen Sachverständigen aber erst geprüft werden. Die Sachverständigen, die mit dieser Arbeit betraut werden, werden sich direkt mit den deutschen Sachverständigen, jeder über ein bestimmtes Thema, beraten. Eine Vollziehung wird wahrscheinlich am Mittwoch begünstigt stattfinden.

Holländer gegen die schwarze Schmach

Eigene Traktatredaktion
Amsterdam, 12. Juli. Dort Allg. Handelsblatt bildet sich in Dordrecht eine vorbereitende Kommission, die es sich zur Aufgabe macht, in allen Städten Komitees zu bilden, um gegen die Forderung des Reichslandes durch Ministerial-Trojanen Einspruch zu erheben. Die, wie ein Rundschreiben der Kommission erklärt, eine Mission gegenüber unteren Mächten und ein Gebot unter Kultur ist. Die Tat der Franzosen übertrifft an Barbarei alles, was die Weltgeschichte kennt. Dadurch, daß wir unseren Einspruch erklären, so erklärt die vorbereitende Kommission, verzichten wir unsere Kultur nicht. Die nicht nur Tausende von Frauen und Kindern der holländischen Bevölkerung durch arabischen Krieg entsetzt, sondern auch in weiten Teilen Europas vor neuem Unglück, neuen Noth und neuem Unheil bedroht soll.